Abend-Ausgabe

114. Jahrgang

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 359 — Hauptschriftleiter: Dr. Everth, Leipzig — Mittwoch, den 4. August — Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig — 1920

Zittau von Regierungstruppen besetzt

Einmarsch der Reichswehr

Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs.

Zittau, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) **Heute früh 4 Uhr rückten Truppen der Reichswehr und eine Abteilung der Landessicherheitspolizei unter Führung des Obersten von dem Bussche, Kommandeur der 1. Gruppe der Landessicherheitspolizei, in Zittau ein. Zu irgendwelchen Eingriffen mit der Waffe ist es infolge des ruhigen Verhaltens der Bevölkerung nicht gekommen. Wie uns mitgeteilt wurde, sind einige der Rädelsführer von der Landessicherheitspolizei verhaftet worden. General Müller trifft im Laufe des Vormittags hier ein.**

*

Zittau, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem gestern bereits von einem Zusammenbruch des Zittauer linksradikalen Putsches gesprochen werden konnte, scheint sich die Situation im Laufe der heutigen Morgenstunden etwas geändert zu haben. Die Streikleitung hatte gestern die Verantwortung wieder in die Hände der arbeitenden Bevölkerung zurückgelegt, indem, sie, wie bereits gemeldet, die Aufforderung ergehen ließ, heute vormittag in die Betriebe zu gehen und in einer Urabstimmung festzustellen, ob der Generalstreik fortgesetzt werden sollte. Im Laufe der Nacht — früh 4 Uhr — sind inzwischen die Spitzen der anrückenden Truppen in Zittau erschienen und haben das Rathaus besetzt. Bereits gestern nachmittag hatte sie das Elektrizitätswerk Hirschfelde, das den ganzen Bezirk der sächsischen Oberlausitz mit Strom versorgt, besetzt, ohne daß es dabei zu ernsten Zusammenstößen kam.

Die Truppen trafen in Zittau in keinem günstigen Moment ein, denn es ist zu befürchten, daß ihr Erscheinen auf die Entscheidung der Arbeiterschaft von ungünstigem Einfluß sein wird. Der Kommandeur der Sicherheitstruppen in Zittau, Major Hering, erklärte, daß das Einrücken der Sicherheitswehr gar nicht mehr nötig gewesen sei, da schon durch die Verhängung des Belagerungszustandes die Rädelsführer zur Besinnung genommen waren. Major Hering hatte, um es nicht unnötigerweise zum Pulvergießen kommen zu lassen, seine Truppen in der Ludwigskaserne zusammengezogen und die Kaserne mit Drahtverhau abgesperrt. Heute früh wurden bereits verschiedene Verhaftungen vorgenommen, u. a. wurde der Schreier, der am Freitag die Menge gegen einen hiesigen Geschäftsmann aufhetzte, und dadurch der eigentliche Urheber der Unruhen wurde, festgenommen. Auch ein Mitglied der Fünfzehnerkommission namens Pech, ein Anhänger der kommunistischen Arbeiterpartei, wurde verhaftet. Bereits gestern waren sich zum Schluß noch die zu der Aktion verbundenen Kommunisten und radikalen Unabhängigen in die Haare geraten und warfen sich gegenseitig Arbeiterverführung vor. Die Unabhängigen verbreiteten ein Flugblatt, in dem sie besonders scharf darauf hinwiesen, die Arbeiterschaft müsse sich vor radikalen Phrasenren selbst schützen und aufreizende Redner sofort feststellen.

Die Regierung hat, wie wir hören, die Forderungen der Streikenden bisher überhaupt nicht entgegengenommen und sich grundsätzlich geweigert, mit den Leuten, die sich die öffentliche Gewalt in Zittau angemaßt haben, zu verhandeln. Der von den Aufrührern gesperrte Eisenbahnverkehr ist wieder aufgehoben worden.

Das Ergebnis der Urabstimmung

Zittau, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) **Heute vormittag ist die Urabstimmung innerhalb der Betriebe vorgenommen worden. Das bisherige Ergebnis zeigt, daß die Textilarbeiterschaft sich in überwältigender Mehrheit gegen einen Streik ausgesprochen hat, während sich die Metallindustrie fast ausschließlich für den Streik entschied. Ob in Hirschfelde die Meinung für oder gegen den Streik ist, ist noch nicht festzustellen gewesen. Für eine Fortsetzung des Generalstreiks bedarf es einer Zweidrittelmehrheit, jedoch ist nicht anzunehmen, daß dieser hohe Prozentsatz erreicht wird.**

In der Stadt sind heute Plakate angeschlagen worden, in denen in der üblichen Weise zur Ruhe aufgefordert wird. Außerdem wird die Herausgabe etwa versteckter Waffen verlangt und für die Anzeige von versteckten Waffenlagern Belohnung ausgesetzt. Die Polizeistunde ist auf 10 Uhr abends festgesetzt worden. Die Post und die Hauptgebäude sind vom Militär mit Posten besetzt und gesichert. In der Stadt herrscht begreifliche Erregung. Auf dem Markte, der inzwischen abgesperrt werden mußte, sammelten sich dauernd Menschenmengen an, vor allem Arbeiter aus den Betrieben, die zunächst die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen haben, da das Ergebnis der Abstimmung erst abgewartet werden sollte.

Vor der Aufhebung des Belagerungszustandes im Löbauer Bezirk

△ Dresden 4. August. (Drahtbericht uns. Dresdner Schriftleitung.) **Die Aufhebung des Belagerungszustandes im Bezirk Löbau wird wahrscheinlich noch heute erfolgen.**

Löbau, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag abend fand in Löbau eine große öffentliche sozialdemokratische Versammlung statt, in der die Entscheidung über die Stellungnahme der Arbeiterschaft zu den Vorgängen fallen sollte. Die beiden Mitglieder des Kartells, die sich nach Dresden begeben hatten, um von der Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes über den Löbauer Bezirk zu fordern, erstatteten Bericht über ihre Verhandlungen mit der Regierung. Diese hat ihnen geantwortet, daß eine Aufhebung des Belagerungszustandes über den Löbauer Bezirk jetzt nicht möglich sei, da der Löbauer Bezirk mit dem Zittauer Bezirk eng verbunden sei, so daß landfremde Elemente leicht von dort herüber flüchten und nicht festgenommen werden könnten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, in solchen Fällen in Zukunft vor Ergreifen solcher Maßnahmen sich mit den Führern der Arbeiterschaft auseinander zu setzen.

Schwere Kämpfe um Brest-Litowsk

Frankfurt, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Aus Warschau meldet die „Frankf. Ztg.": Am Sonnabend und Sonntag wurden die polnischen Verteidigungslinien zwischen der ostpreußischen Grenze und dem Narew bis zur Festung Ostrolenka zurückverlegt. Doch scheint, dank der Verstärkung durch Freiwillige, der westliche Teil der Narewlinie am Sonntag noch in polnischer Hand gewesen zu sein. Der stärkste Kampf findet gegenwärtig auch nicht hier statt, sondern vielmehr am Bug bei der Sedlezbahn und bei Brest-Litowsk. Am Sonntag wurde bereits um den Bugübergang bei dem Orte Melnik schwer gekämpft. Gleichzeitig waren schwere Kämpfe im Gange um die Festungswerke von Brest und auch schon in der Stadt selber. Wie das Außenministerium mitteilt, hat die polnische Regierung radiotelegraphisch um Zulassung von Zeitungskorrespondenten zu den Verhandlungen über den Waffenstillstand nachgesucht, doch hat die Sowjetregierung abschlägige Antwort erteilt.

Panikstimmung in Warschau

Basel, 4. August. (Drahtbericht.) Die „Nationalzeitung" meldet aus Warschau: Die polnische Nordfront bei Ostrowice ist von neuem zurückgenommen worden. Damit ist die Frontlinie auf 50 Kilometer der Hauptstadt nahegerückt. Wie der „Basler Anzeiger" meldet, herrscht seit Sonntag früh in Warschau eine unverkennbare Panikstimmung. Die wohlhabenden Kreise flüchten aus der Stadt nach Lodz und Petrikau.

Danzig, 4. August. (Drahtbericht.) Heute aus Warschau eingetroffene Reisende berichten übereinstimmend von Unruhen in Warschau.

Königsberg, 4. Aug. (Drahtbericht.) Nach hier eingegangenen Nachrichten hat sich am 31. Juli auf polnischem Gebiet ein vorläufiges Revolutionskomitee gebildet.

Französische Hilfe für die Polen

Kopenhagen, 4. August. (Drahtbericht.) **„Berlingske Tidende" meldet: General Pilsudski hat die Oberleitung des polnischen Heeres an die Franzosen abgegeben.**

Luxemburg, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Die „Luxemburgische Volksztg." meldet, daß das in Luxemburg garnisonierende französische Jägerbataillon den Befehl erhalten habe, sich zum Abtransport nach Polen bereitzuhalten.

Beuthen, 4. August. (Drahtbericht.) Nach hier eingetroffenen Meldungen sollen große französische Truppenmengen zum Transport nach Polen bereitstehen, ferner französische Eisenbahner zur Verwendung im Auslande.

Reise des Reichswehrministers Geßler nach Ostpreußen

Berlin, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichswehrminister Dr. Geßler hat sich, wie wir hören, gestern abend nach Ostpreußen begeben, um die Reichswehr dortselbst zu besichtigen. Die Reise steht im Zusammenhang mit den Vorgängen im Osten. Der Reichswehrminister gedenkt am Sonnabend wieder nach Berlin zurückfahren zu können.

Ententeforderungen zum Erfurter Zwischenfall

Hohe Konventionalstrafe. — Drohung mit militärischer Besetzung der Eisenbahnstrecke von Bischofsheim bis Oberschlesien.

Berlin, 4. August. Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) **Ein Drahtbericht aus Erfurt meldet, daß die Entente wegen der angehaltenen Urlauberzüge fordert, daß die Kontrollkommission in Gerstungen, ebenso wie die Oberbahnhofsvorsteher aus dem Dienst entlassen werden. Weiter behält sie sich die Auslieferung dieser Personen vor. Für jede Stunde der Verspätung, die infolge der Kontrolle entstanden ist, fordert die Entente die Bezahlung einer Konventionalstrafe von 800 000 ℳ und droht, bei Wiederholung derartiger Zwischenfälle die gesamte Etappenstrecke von Bischofsheim bis Oberschlesien zur Sicherung der Transporte militärisch zu besetzen.**

* * *

Berlin, 4. August. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die „Neue Berliner Zeitung" verbreitet eine Nachricht, die aus Frankreich in Breslau eingetroffen sein soll. Danach stünden in Besançon, Belfort, Nancy und Straßburg große Truppenmassen, darunter auch Kolonialtruppen, zum Abtransport bereit. Bisher hätten sich die Truppentransporte über Basel, Salzburg, Prag, Oderberg vollzogen, es scheine aber, daß die französische Heeresleitung jetzt einen Putsch auf die deutschen Eisenbahnen plane. Wie verlautet, sind 9000 französische Eisenbahnarbeiter zur Verwendung im Auslande bereitgestellt worden.

Ungarische Putschpläne gegen Wien

Wien, 4. August. (Drahtbericht.) In Wien mehren sich die Nachrichten, daß im westlichen Ungarn stärkere Truppenansammlungen stattfinden, die für Operationen gegen Deutsch-Oesterreich bestimmt sind. Aus Ungarn kommende Reisende behaupten, daß ein monarchistischer Putsch gegen Wien in Vorbereitung sei. Die Staatsämter können nicht länger verheimlichen, daß auch sie Nachrichten erhalten, die bedrohlich klingen. Bei der gestrigen Gesandtschaftskonferenz im Staatsamt für Aeußeres dürften diese Dinge zur Sprache gekommen sein.

= **Spaniens Teilnahme an der Brüsseler Finanzkonferenz.** Nach einer Meldung aus Brüssel hat die spanische Regierung erklärt, Spanien werde an der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel offiziell teilnehmen.

⊙ **Tarifkündigung der Reedereiangestellten.** Eine Versammlung der kaufmännischen Angestellten der Reedereibetriebe in Hamburg beschloß mit nur 2 Stimmen Mehrheit die Kündigung des bestehenden Tarifvertrages. Da die Minderheit zu groß ist, wurde eine Urabstimmung in sämtlichen Betrieben angeordnet.

Was wird aus dem Anschluß Deutsch-Oesterreichs?

Von

Prof. Dr. **Armin Gaßner**,

Obmannstellv. des Anschluß-Ausschusses des Tiroler Landtages.

Das alte Oesterreich hat auf Grund des von Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Waffen gestreckt. In den Friedensdiktaten von St. Germain und Versailles wurde dieses kostbare Recht wohl den nicht deutschen Stämmen im weitesten Ausmaß zugebilligt, den Deutschen aber vorenthalten. So entstand die Republik Deutsch-Oesterreich, ein staatliches Gebilde, das den Todeskeim schon im Augenblicke der Entstehung in sich trug. Zwanzig Monate sind vergangen — Oesterreichs Lebensunfähigkeit ist erwiesen, die junge Republik liegt als sogenannter selbständiger Staat in den letzten Zügen. Arzt und Priester sind in Gestalt einer Abteilung der Reparationskommission an ihr Sterbelager geeilt und schon schickt sich die Entente an, die Vormundschaft über Kinder und Enkel (Länder und Gemeinden) zu übernehmen. In welcher Weise diese Vormundschaft aber ihres Amtes zu walten gedenkt, das beweisen die unlängst im französischen Senat gehaltenen Reden. Die Deutschen Oesterreichs sollen in einen Donaubund eingepfercht, also bei ihnen übel gesinnten Pflegern eingepfründet werden, während ihr völkisches Sehnen, ihre wirtschaftliche Not sie mit unwiderstehlicher Gewalt in die Arme der großen Mutter Germania zieht, von der allein sie Rettung erhoffen.

Mehr noch als der Gesamtstaat leidet aber das Land Tirol unter den Folgen des Krieges und unter dem im Artikel 88 des Friedensvertrages von St. Germain ausgesprochenen Anschlußverbot. Dieses arme Land hat durch vier lange Jahre die Schrecken und Greuel des Krieges am eigenen Leibe verspürt; wegen ihrer Tapferkeit und Verläßlichkeit wurden die Tiroler im Kampfgetümmel stets dort verwendet, wo die höchste Gefahr, die größte Uebermacht der Feinde die gräßlichsten Verluste bedingte, so daß Tirol nicht nur eine unendliche Anzahl von Toten beklagt, sondern auch eine endlose Schar von Invaliden im Alter von 18 bis 50 Jahren und darüber hinaus beklagt; Tirol beweint ferner vorläufig den Verlust des urdeutschen, burgenreichen Etschlandes, seiner fruchtbarsten und wirtschaftlich kräftigsten Gefilde. Die Nähe dreier Grenzen begünstigt ganz besonders den Schleichhandel, durch den ein gut Teil der spärlichen Bodenprodukte und des wenigen von der Kriegsfurie verschonten Viehes in das Ausland verschleppt wird; die große Entfernung von der Hauptstadt der Republik, die geradezu fabelhaften Frachttarife, ein Zollaufschlag von 1000 v. H. auf die aus dem Auslande eingeführten Waren, die traditionelle Vernachlässigung von seiten des Staates — diese Umstände haben eine unsägliche Teuerung und, was noch viel schwerer wiegt, eine allgemeine Hungersnot hervorgerufen.

Die Leiden Deutschösterreichs und Tirols haben aber ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Die bisher mühsam aufrecht erhaltene spärliche Produktion ist wegen des Mangels an Rohstoffen und an Kohle in schwerster Gefahr, gänzlich lahmgelegt zu werden, wodurch die Kreditfähigkeit der Republik naturgemäß weiter sinken muß. Liebesgaben aus Amerika und anderen Ländern sind unter solchen Umständen nur ein Tropfen ins Weltmeer und die von der Entente gewährten oder in Aussicht gestellten Kredite bringen wohl augenblickliche Linderung, für später aber nur neue Knechtschaft und neues Sklaventum, denn jeder Einsichtige weiß, daß eine Wiedereinlösung der schon gegebenen und noch zu gewährenden Pfänder für alle Zeiten ins Reich der Unmöglichkeit gehört.

In der felsenfesten Ueberzeugung, daß wir nicht einer Hilfe bedürfen, die nur politische und geschäftliche Ziele der Ententemächte zu bemänteln und zu erreichen bezweckt, sondern einer Unterstützung, die aus stammesbrüderlicher Liebe, im gegenseitigen Interesse und frei von Eigennutz gewährt wird, hat der Tiroler Landtag in seiner Sitzung vom 4. Mai den Beschluß gefaßt, einen ständigen Anschluß-Ausschuß zu wählen und mit der Aufgabe zu betrauen, alle nur denkbaren Schritte zu unternehmen, um eine Revision der Friedensverträge von St. Germain und Versailles zu erreichen, dadurch ganz Deutschtirol bzw. Deutschösterreich in das Recht der Selbstbestimmung einzusetzen und dem Deutschen Reiche die Möglichkeit zu bieten, den politischen Anschluß zu vollziehen. Demnach wird es die ehrenvolle, wenn auch schwierige Aufgabe der meiner Leitung unterstehenden Politischen Gruppe sein, die anschlußfeindlichen Kreise in den Ententeländern von der Unmöglichkeit des Anschlußverbotes zu überzeugen und endlich der Aufhebung desselben geneigt zu machen.

Da diese Aufklärungsarbeit voraussichtlich aber viel Zeit und noch mehr Geld erfordern wird, wurde dem Anschluß-Ausschuß die weitere Aufgabe gestellt, unverzüglich alle Vorarbeiten zu beginnen, um so bald als möglich vorerst wenigstens das zu erreichen, was durch die Friedensverträge nicht ausdrücklich verboten, also nach freiem Ermessen Deutschlands und Oesterreichs bzw. Tirols durchführbar ist: den wirtschaftlichen Anschluß.

Zu diesem Zwecke wäre die Aufnahme Tirols in das deutsche Wirtschafts- bzw. Ernährungsgebiet anzustreben und eine Durchdringung des Landes mit deutschem Unternehmergeist und deutschem Kapital anzubahnen. Die unerläßliche Voraussetzung hierzu wäre eine gründliche Umgestaltung unseres Zollwesens, wobei mir die Erklärung Tirols zum deutschen Zollausschlußgebiet vor Augen schwebt. Die Gemeinde Mittelberg in Vorarlberg und einzelne Ortschaften Tirols genießen bereits diesen Vorzug, und man möchte annehmen, daß für ein Tal — Tirol in seiner heutigen Gestalt